

Beendigung des Hilfsprogramms für Athen

Teuer erkaufte Ruhe in Griechenland



THOMAS FUSTER

Die griechische Regierung atmet auf und die Europäische Kommission ebenso: Nach über acht Krisenjahre gibt der Mittelmeerstaat endlich den Euro-Rettungsschirm ab. Damit scheidet Griechenland nicht länger auf internationale Finanzhilfe angewiesen zu sein. Nachdem Athen im Rahmen von drei Hilfsprogrammen fast 290 Milliarden Euro an Krediten eingestrichen hat, will sich der Staat künftig über den Kapitalmarkt finanzieren. Der Ausnahmezustand der wirtschaftspolitischen Bevormundung käme damit zu einem Ende. Für das griechische Volk beginne nun ein neues Kapitel, heisst es in Brüssel – und die Euro-Zone könne einen symbolischen Schlussstrich ziehen unter eine existenzielle Krise.

Griechenland ist das fünfte Land nach Irland, Spanien, Portugal und Zypern, das ein Euro-Hilfsprogramm – vorerst? – abschliessen kann. Kehrt damit an der südöstlichen Flanke des Währungsraums wieder etwas Ruhe ein? Für die nächsten zwei Jahre stehen die Chancen tatsächlich gut,

dass es nicht zu grossen Finanzierungsproblemen kommen wird. Dies aus zwei Gründen: Erstens erzielt das Land bereits einen Haushaltsüberschuss; es kann seine Ausgaben also selber finanzieren und braucht vorerhand keine Hilfe. Zweitens haben die ausländischen Geldgeber dem Land ein dickes Liquiditätspolster von über 20 Milliarden Euro hinterlassen; das dürfte reichen, um bis Ende 2020 alle fällig werdenden Schulden zu bedienen.

Dennoch, die Beendigung des Hilfsprogramms ist erst ein Zwischenschritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilisierung. Über den Berg ist Griechenland noch lange nicht. Zwar hat Athen bei der finanzpolitischen Konsolidierung grosse Fortschritte gemacht. Gleichzeitig ist die Wirtschaftskraft seit Ausbruch der Krise aber um ein Viertel eingebrochen. Noch stärker, und zwar um rund einen Drittel, sank das verfügbare Einkommen. In den vergangenen zehn Jahren ist zudem fast jeder fünfte Arbeitsplatz verloren gegangen. Viele gut ausgebildete Griechen haben das Land verlassen, und Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft blieben grösstenteils aus. Auf entsprechend tiefem Niveau verharren die Produktivität und die Wettbewerbskraft.

Wenig deutet darauf hin, dass es Griechenland gelingen wird, aus diesem Malaise herauszuwachsen. Weil die wirtschaftlichen Probleme primär

struktureller Natur sind, gehört das Land trotz guter Weltkonjunktur weiterhin zu den wachstumsschwachen Staaten der EU. Keineswegs kleiner geworden ist zudem die Staatsverschuldung. Sie liegt mit 178 Prozent der Wirtschaftskraft auf dem zweithöchsten Niveau im OECD-Raum, hinter Japan. Der Staat ist und bleibt pleite. Dass sich diese Tatsache derzeit bequem unter den Teppich kehren lässt, verdankt sich der Grosszügigkeit der europäischen Geldgeber. Diese verzichten bis 2032 auf die Tilgung ihrer Forderungen.

Das Schuldenproblem ist somit nur auf die lange Bank geschoben; dessen Lösung wird künftigen Generationen überlassen. Entsprechend hohl klingen das Selbstlob aus Brüssel und die Zusicherung, das griechische Volk stehe nun erstmals seit 2010 auf eigenen Füßen. Wer dies behauptet, lässt ausser acht, dass Griechenland selbst bei extrem rosigen Szenarien, wie sie den Strategien der EU zugrunde liegen, niemals in der Lage sein dürfte, seine Schulden vollumfänglich zurückzuzahlen. Der Internationale Währungsfonds ist sich dieser unbequemen Wahrheit gewahr. Europas Geldgeber hingegen fürchten den Groll des Wahlvolks und gestehen nicht ein, dass die vermeintlichen Kredite wohl eher Zuschüsse sind. Die Ruhe in Griechenland ist teuer erkaufte, und die Rechnung wird erst später präsentiert.



SEITENBLICK

Millennials: Raus aus der Bubble!

Von MILOSZ MATUSCHEK

Wenn in Indien die Mahuts ihre Arbeitselefanten trainieren, gehen sie folgendermassen vor: Sie binden die Jungtiere immer wieder mit dicken Seilen an grossen Bäumen fest. So lernen diese schon früh, ihren Bewegungsradius zu akzeptieren. Bei den ausgewachsenen Tieren genügt dann eine dünne Wäscheleine, um den gleichen Effekt der «gelernten Hilflosigkeit» zu erzielen. Die Tiere könnten sich ohne Probleme losreissen, tun dies aber nicht.

Auch in den freiesten Gesellschaften hängt die Selbstverwirklichung eines jeden davon ab, ob er es schafft, das mentale Gefängnis des verinnerlichten Bewegungsradius zu verlassen. Auch die moderne Welt ist designt, als wolle sie einen mit sanften Mitteln davon abhalten, eigenständig zu werden.

Es dauert in der Regel etwa zwanzig Jahre, bis ein junger Mensch mit den ersten Weichenstellungen des Lebens konfrontiert wird – und damit häufig überfordert ist. Eine Initiation zum Erwachsenwerden findet nicht statt, sie bleibt jedem selbst überlassen. Bis dahin bestimmen Erziehung, Lehrpläne und der Druck von Eltern und Peer-Group die Richtung. Der Tenor lautet in der Regel: Wähle die sicherste Option!

Das aus der Sicht der Millennials oder Digital Natives derzeit einschneidendste Designsystem ist die Welt der Smartphones, Apps und sogenannten sozialen Netzwerke. Wer überwiegend im Internet lebt, sperrt sich freiwillig in eine virtuelle Box mit vorprogrammierten Reiztriggern zur Steuerung von Verhalten. Der Miterfinder des iPhone, Tony Fadell, warnte schon früh vor dem in die Geräte eingebauten Suchtfaktor. Ein hipbes Gerät, das nicht nur der Überwachung dient, sondern zugleich ähnlich wie eine Droge «brain hacking» betreibt, hätte sich selbst Aldous Huxley nicht besser ausdenken können. Was den Indischen Elefanten die Wäscheleine, ist den Millennials das WLAN.

Der Digitalisierungs-Guru Jaron Lanier hat kürzlich ein vielbeachtetes Manifest vorgelegt, in dem er zur Löschung aller Social-Media-Accounts aufruft. Auch er argumentiert mit dem aufgezwungenen «Arschloch-Design» der Plattformen, welches über manipulative Inhalte eine Verhaltensmodifikation bei Nutzern provoziert und Fake-Verhalten begünstigt.

Die Wirkung dieser oder ähnlicher Aufrufe ist bisher gleichwohl bescheiden geblieben. Eine ganze Generation lebt in der Selbstlüge, die man von Rauchern und Trinkern kennt: Ich könnte jederzeit aufhören und habe alles unter Kontrolle. Auch wenn die Wohltat der Unwissenheit als Ausrede nicht mehr zur Verfügung steht, fällt es schwer, sein Nutzerverhalten noch zu ändern.

Die grösste Herausforderung für die Millennials ist nicht die sichtbare Repression, sondern die Verlockung des Komforts. Wer keine Entscheidung über sein Leben trifft, wird über eine StandardEinstellung modelliert und mit Substituten abgespeist: Bullshit-Jobs statt Berufung, wohlklingende Diplome statt Bildung, Tinder-Hopping statt Liebe, App-Kasino im Kopf statt Glückselbsterfüllung.

Das Erwachsenwerden ist ein Hindernisparcours, und die Selbstverwirklichung gleicht einem Kraftakt, auf den die «Konformisten des Nonkonformismus» (Norbert Bolz) von heute am wenigsten vorbereitet sind. Statt «Erkenne dich selbst» in die Tat umzusetzen, scheitern wir bereits an «Erkenne, was gerade um dich herum passiert, und reagiere darauf».

Die Dauervernetzung hat zu einer naiven Unbeteiligtheit an der Welt und einer Entfremdung von sich selbst geführt. Wann brechen wir aus dem kognitiven Gefängnis aus? Schon Franz Kafka wusste: «Das Leben beginnt mit einem Nein.»

Milosz Matuschek ist Jurist, Publizist und Speaker. Zuletzt veröffentlichte er «Das romantische Manifest» und «Mannko. Liebeserklärung an ein Mängelwesen».

Angriff von Vermummten auf Rettungskräfte in Zürich

Inakzeptable Gewalttaten



FABIAN BAUMGARTNER

Sie wollten bloss ihre Arbeit machen. Sanitäter und Polizisten waren Samstagmorgen an die Zürcher Seepromenade gerufen worden, weil bei einem Streit ein junger Mann und zwei seiner Kollegen verletzt worden waren. Doch dann eskalierte die Situation plötzlich: Wohl zufällig anwesende Vermummte und teilweise in FCZ-Fankleider gehüllte Angreifer bewarfen die Einsatzkräfte mit Steinen und Flaschen. Zudem schlugen sich über hundert Gaffer auf die Seite der Aggressoren. Die Polizei musste Verstärkung anfordern, um überhaupt bis zum jungen Mann vordringen zu können, der in Lebensgefahr schwebte.

Die Gewalt zeugt nicht nur vom kriminellen Verhalten der Angreifer und ihrem Hass gegenüber all jenen, die aus ihrer Sicht die Staatsmacht darstellen. Die Vorfälle zeigen auch, dass das Problem weit über die gewaltbereite Ultraszene hinausgeht. Dass die Vermummten auf die Solidarität derart vieler Gaffer und Mitläufer zählen

konnten, gibt ein schlechtes Bild vom Zustand einer Gesellschaft ab. Für die vornehmlich jungen Nachtschwärmer war es offenbar eine willkommene Gelegenheit, sich als Rebellen gegen die Staatsgewalt zu inszenieren. Dabei nahmen die Beteiligten aber die Möglichkeit in Kauf, dass man das Opfer der Messerstecherei nicht mehr rechtzeitig ins Spital einliefern konnte. So wird fahrlässig mit Menschenleben gespielt.

Dass Sanitäter bei einem Notfall von einem aggressiven Mob an ihrer Arbeit gehindert werden, mag eine neue Stufe der Gewalt markieren – ganz zufällig kommt sie nicht. Die Vorfälle vom Samstag haben eine Vorgeschichte. Bereits seit einigen Jahren weisen Polizei- und Rettungskräfte immer wieder auf die misslichen Bedingungen hin, unter denen sie ihre Arbeit verrichten müssen – nicht nur in Zürich, auch anderswo in der Schweiz. Die Polizeiverbände fordern deshalb seit längerem ein konsequenteres Vorgehen gegen die Chaoten und härtere Strafen.

Allein damit wird man des Gewaltproblems jedoch nicht Herr werden. Harte Strafen nützen nämlich nur dann, wenn es gelingt, die Straftäter ausfindig zu machen. Sonst bleiben sie wirkungslos. Das Problem zeigte sich etwa Ende Februar in Zürich, als eine Gruppe vermummter FCZ-Ultras

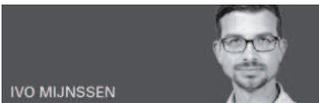
den Platz vor dem Prime Tower stürmte und mehrere GC-Anhänger brutal attackierte. Die Täter konnten noch vor Eintreffen der Polizei fliehen. Bisher wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Beim jüngsten Vorfall am Samstag sah die Bilanz nicht anders aus. Verhaftet werden konnte lediglich ein 18-jähriger Afghane, der wahrscheinlich Flaschen geworfen hatte.

Bisher ist die Stadtzürcher Politik den Attacken gegen Einsatzkräfte mit einiger Ratlosigkeit begegnet. Die bisher präsentierten Massnahmen – Bodycams für Polizisten, temporäre Videoüberwachung, Dialogteams bei Grossveranstaltungen und eine spezialisierte Stelle bei der Staatsanwaltschaft – befinden sich entweder erst in der Pilotphase oder sind politisch noch in der Schwebelage.

Zu fragen ist auch, ob die Massnahmen reichen, um den Wirkungskreis der Gewalttäter, die vielfach aus dem linksautonomen Umfeld und der gewaltbereiten Fussballszene stammen, einschränken zu können. Die neue Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart hat die Ereignisse nun klar verurteilt. Doch das allein reicht nicht: Sie muss die Massnahmen nun auch in Stadtrat und Parlament rasch durchbringen. Zu hoffen ist es mit weiteren jahrelangen Diskussionen würde man die Einsatzkräfte im Regen stehen lassen.

50 Jahre nach 1968 bleibt der Prager Frühling hochaktuell

Der Preis der Erstarrung



IVO MIJNSSEN

Vor einem halben Jahrhundert überrollten sowjetische Panzer den sogenannten Prager Frühling und beendeten die Hoffnung auf eine Reform des Sozialismus. Es war ein Ereignis, dessen Bedeutung kaum zu überschätzen ist, obwohl es heute weit weg wirkt. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei gibt es nicht mehr, der Kalte Krieg ist vorbei, die Rivalität zwischen Kapitalismus und Sozialismus interessiert primär Historiker; selbst in Tschechien weiss ein Drittel der 18-34-Jährigen laut einer neuen Umfrage nichts mit dem Ereignis anzufangen. Und doch bleibt der Prager Frühling hochaktuell: Er prägte die Wende von 1989 und die Entstehung des heutigen Europa.

Die brutale Unterdrückung der demokratischen und wirtschaftlichen Neuerungen im kleinen Land führte der Welt 1968 vor Augen, dass die Mächtigen in Moskau und dessen Satellitenstaaten nichts so sehr fürchteten wie Veränderung. Dies desillusionierte nicht nur moderate Linke im

Westen, sondern auch die Intellektuellen im Ostblock, welche die Krise ihrer Systeme schon damals erkannten. Der Preis für 1968 war die Erstarrung. Als Michail Gorbatschow in den achtziger Jahren den nächsten Reformversuch wagte, zerbröckelte und kollabierte das gesamte System.

Die verlorenen Jahrzehnte bedeuteten auch, dass die ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten für ihre angestrebte «Rückkehr nach Europa» teuer bezahlen: Wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig, intellektuell ausgeblutet und gesellschaftlich erschüttert, unterwarfen sie sich der «Schocktherapie» westlicher Experten. Statt einem organischen Wandel gab es eine Revolution, die neue Freiheit brachte, aber auch Verlierer zurückliess. Tschechien und Polen gehören zwar zu den erfolgreichsten Transformationsländern, doch die Polarisierung, die Ungerechtigkeiten und die Korruption, die mit der Wende einhergingen, hinterliessen grosses Misstrauen. Dieses lässt sich leicht instrumentalisieren. Sowohl in Polen als auch in Tschechien inszenieren sich die führenden Politiker heute als Volkstribunen auf einem Feldzug gegen die Eliten. Auch die starke EU-Skepsis nährt sich nicht nur aus der Migrationspolitik, sondern auch aus Minderwertigkeitsgefühlen und Ressentiments gegen die übermächtigen «alten» EU-Länder.

Auf der Strecke blieb die Aufarbeitung der Verbrechen am eigenen Volk. Die Vergangenheitsbewältigung war ein zentrales Anliegen des Prager Frühlings gewesen; sie wurde nach der Niederschlagung zum ersten Opfer des verordneten Schweigens. Nach 1989 verlief die Aufarbeitung selektiv, oft undifferenziert und politisiert, obwohl mit Vaclav Havel eine moralische Instanz im tschechischen Präsidentenamt sass. Der Vorwurf der Kollaboration wurde häufig zu einer Waffe gegen politische Gegner, das Image in der Öffentlichkeit wichtiger als die Wahrheitssuche.

Nur so ist es zu erklären, dass mit Andrej Babis ein milliardenschwerer Medienunternehmer und ehemaliger Agent des Geheimdienstes heute Regierungschef ist. Zu seinen Verbündeten gehören der russlandfreundliche Präsident Milos Zeman und die unreformierte Kommunistische Partei. Diese Konstellation verunmöglicht eine würdige Erinnerung am 50. Jahrestag der Tragödie: Die KP macht Schlagzeilen, indem sie Russlands Schuld an der Unterdrückung relativiert – applaudiert von Moskaus Staatsmedien. Zeman will gar keine Rede halten, um Putin nicht zu verärgern. Der Sommer 1968 droht zum Spielball der Geopolitik zu werden – ein weiteres, trauriges Zeichen seiner Aktualität.